Landtag Rheinland-Pfalz
17. Wahlperiode

Vorlage 17/5973
10. Januar 2020

An die
Mitglieder des
Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT

Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom 10. Januar 2020 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

„Umsetzung des Gesetzes zur Reform der Psychotherapeutenausbildung in Rheinland-Pfalz“.

Begründung:

Psychische Erkrankungen gehören mittlerweile zu den großen Volkskrankheiten in Deutschland. Zunehmend erkranken auch Kinder und Jugendliche, wie aus einer DAK-Studie hervorgeht. Demnach habe etwa jedes vierte DAK-versicherte Schulkind in Rheinland-Pfalz psychische Probleme (Die Rheinpfalz, 17.12.2019). Die Psychotherapie gilt in vielen Fällen als Behandlung erster Wahl. Laut Bericht der Rheinpfalz seien die Wartezeiten jedoch inakzeptabel lang. Demnach betrügen die Wartezeiten auf einen Therapieplatz bis zu 22 Wochen.

Der Bundesrat hat am 8. November 2019 dem Gesetz zur Reform der Psychotherapeutenausbildung zugestimmt, um langfristig eine qualitativ hochwertige Versorgung psychisch kranker Kinder, Jugendlicher und Erwachsenen sicher zu stellen. Das Gesetz wird zum 1. September 2020 in Kraft treten. Universitäten und Hochschulen können ab dem Wintersemester 2020 einen eigenen Studiengang zur Psychotherapieausbildung anbieten. Gleichzeitig wird ab diesem Zeitpunkt der bisherige Weg zur Physiotherapieausbildung nicht mehr zur Verfügung stehen.

…

- Inwieweit erhalten die Universitäten Planungssicherheit und finanzielle Unterstützung seitens der Landesregierung im Hinblick auf die neuen Studiengänge?
- Mit den neuen Studiengängen ist ein curricularer und somit ein finanzieller Mehraufwand verbunden? Wie wird die Landesregierung die notwendige Finanzierung umsetzen?
- Um den Status Quo einer adäquaten psychotherapeutischen Versorgung zu gewährleisten bzw. weiter auszubauen, lässt sich der Bedarf an Absolventen errechnen. Wie legt das Land vor diesem Hintergrund die Anzahl der Studienplätze fest?

Die Landesregierung wird hierzu um aktuelle Berichterstattung gebeten.